

FAZ

FÜRTHEN ANTIFA ZEITUNG



Ein Projekt der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF)

Ausgabe 5

MATHILDENSTRASSE/
HIRSCHENSTRASSE FÜRTH

HIRSCHENSTRASSE, FÜRTH

DEMONSTRATION
03.11.07/13UHR
BAHNHOFSVORPLATZ/
FÜRTH

DEMONSTRATION
03.11.07/13UHR
BAHNHOFSVORPLATZ/
FÜRTH



**Nazistrukturen in Fürth und die
Kommunalwahlen 03/08**

Überwachungswahn

**SchülerInnengruppe gegen
Rechts im Interview**

kostenlos

Erfolgreiche Kampagne gegen Nazistrukturen in Fürth!

Die Mitte September gestartete Kampagne „Nazitreffpunkte dichtmachen! Kein Raum für Nazis in Fürth und anderswo!“ wurde am 3.11. mit einer Demonstration erfolgreich abgeschlossen. Über 400 AntifaschistInnen folgten dem Aufruf der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF) und dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Nürnberg (AAB) und zogen lautstark durch die Fürther Innenstadt.

Ein Hauptziel der Initiative war die Schließung des wöchentlich stattfindenden Stammtisches der regionalen Neonazi-Szene in der Kneipe „Grüner Automat“, an dem bis zu 60 Faschistinnen und Faschisten teilnahmen. Nach den Treffen kam es vermehrt zu Übergriffen auf MigrantInnen und Andersdenkende. So landete zum Beispiel bei einem Angriff ein Mädchen mit Migrationshintergrund auf den U-Bahngleisen des Fürther Hauptbahnhofes. Um diesem Treiben ein Ende zu bereiten wurden zum Start der Kampagne einige Tausend Flugblätter im Umkreis des „Grünen Automaten“ verteilt, die die Nachbarschaft über die braunen Umtriebe in der Gaststätte informierten. Außerdem wurden im Abstand von zwei Wochen Infotische in der Innenstadt durchgeführt. Diese Aktionen hatten zur Folge, dass bereits mehrere Wochen vor der Demo ein großer Teil der Fürther Bevölkerung über das Nazi-Problem im „Grünen Automaten“ Bescheid wusste. Der dadurch immer größer werdende Druck veranlasste die Wirtin dazu, den Nazis ein Hausverbot für ihre Kneipe zu erteilen.

Trotz dieses Erfolges sahen die OrganisatorInnen der Initiative keinen Anlass die geplante Kundgebung, Infoveranstaltung und Demonstration abzusagen. Das primäre Ziel war und ist es nun die Nazis präventiv daran zu hindern neue Treffpunkte zu finden, da Kneipen und Gaststätten wie der „Grüne Automat“ den Nazis dienen, ihre Strukturen weiter auszubauen, neue Kontakte zu knüpfen und ihre völkische Ideologie zu verbreiten. Im Endeffekt bedeutet dies den Aufbau von sogenannten „National befreiten Zonen“, das sind Bereiche in denen die Nazis die Stärke haben all diejenigen, die nicht in ihr Weltbild passen, gewaltsam zu verdrängen.

Nach einer guten Mobilisierung und einem Presseartikel in den Fürther Nachrichten im Vorfeld der Kundgebung am 19.10, nahmen an dieser rund 150 Menschen teil. Um circa 19:00 Uhr

versammelten sich die DemonstrantInnen vor dem „Grünen Automaten“ und setzten ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus. Negativ zu betrachten war, dass die bürgerlichen Medien die Kundgebung trotz der hohen TeilnehmerInnenzahl verschwiegen.

Kurz nach der Kundgebung, am 22.10, referierten Vertreter des AAB vor rund 50 Gästen über Nazistrukturen in Fürth und Umland. Die Schwerpunkte der Veranstaltung waren die Verknüpfungen zwischen der mittlerweile verbotenen Fränkischen Aktionsfront (FAF) und der regionalen NPD, die Anti-Antifa Nürnberg sowie das Konzept der „National befreiten Zonen“.

Zum Abschluss der Kampagne fanden sich am 3.11 über 400 Menschen am Fürther Bahnhofsvorplatz ein. Von dort aus setzte sich ein lautstarker Protestzug Richtung Südstadt in Bewegung, nach einem kurzen Abstecher zum „Grünen Automaten“ ging es dann über die Fußgängerzone zurück zum Bahnhof. Während des Verlaufs der Demonstration kam es zu keinerlei Auseinandersetzung mit der Polizei. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass es während der Demo so manche Phase gab, in denen es versäumt wurde der Bevölkerung unser Anliegen mittels Parolen mitzuteilen. Alles in allem hätte sie lauter sein können. Dafür, dass es seit langer Zeit die erste antifaschistische Demonstration in Fürth war, kann man aber insgesamt zufrieden auf einen erfolgreichen Tag blicken, welcher am Abend mit Vokü und Party in der Kofferfabrik, abgerundet wurde.

Aber nicht nur die Demo, auch die Kampagne kann insgesamt als großer Erfolg gewertet werden, da es gelungen ist, den Nazistammtisch im „Grünen Automaten“ dichtzumachen und ein deutliches Zeichen gegen faschistische Umtriebe in Fürth zu setzen. Nun darf sich aber nicht auf diesem Erfolg ausgeruht werden, es gilt in Fürth und anderswo auch in Zukunft keine Naziaktivitäten ungestört von statten gehen zu lassen.



Ankunft der Demo am Hauptbahnhof

Repressionen gegen AntifaschistInnen

Im Laufe der letzten Wochen kam es vermehrt zu Repressionen seitens der Polizei gegen AntifaschistInnen. So wurden zum Beispiel im Vorfeld der Demonstration gegen Nazitreffpunkte am 3.11.2007, 4 Jugendliche mitten in der Nacht festgenommen, da sie angeblich mit Straßenmalkreide einige Straßenzüge mit Parolen, wie "Nazis raus" und "Revolt" verziert haben sollten. Ohne dass die angeblichen Straftäter die Kreide in der Hand hatten oder direkt an den "Tatorten" waren, sah es die Polizei als erwiesen an, dass diese die Künstler waren, weshalb sie auch sofort – und noch vor einer Personalienkontrolle (!) – in Handschellen gelegt wurden. Wegen dem unhaltbaren Vorwurf der Sachbeschädigung wurden 3 von ihnen über acht Stunden in Gewahrsam genommen. Der vierte Beschuldigte wurde zur erkennungsdienstlichen Behandlung nach Nürnberg gefahren und durfte daraufhin nach Hause gehen.

Nur zwei Wochen später kam es zu 13 Festnahmen, nachdem rund 25 überwiegend junge AntifaschistInnen spontan vormittags gegen einen Infotisch der rechtsextremen NPD am 17.11. demonstrierten. Die rasch eintreffenden Polizeikräfte unterbanden jeglichen legitimen und friedlichen Protest mit unverhältnismäßiger Härte. Sie verteilten ohne rechtliche Grundlage willkürliche Platzverweise. Um der NPD und ihrer menschenverachtenden Propaganda nicht das Feld zu überlassen, zeigten die jugendlichen Demonstranten Zivilcourage und widersetzten sich dieser Anordnung. Daraufhin verhaftete die Polizei die ersten drei Personen und ging dabei äußerst brutal vor. Im weiteren Verlauf des Infostandes griffen vier Neonazis in einer Seitenstraße einige AntifaschistInnen an, woraufhin die Polizei nicht etwa die Angreifer festnahm, sondern die überraschten Jugendlichen. Weiter sah es die Staatsmacht nicht als notwendig an die wirklichen Täter zu verfolgen. Die Festgenommenen wurden erst wieder aus dem Gewahrsam entlassen, nachdem die NPD ihren Infotisch abgebaut hatte.

Diese, seit Wochen, anhaltenden Repressionen sind auf das Erstarken antifaschistischer Strukturen in Fürth zurückzuführen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken versucht die Polizei teilweise sehr brutal und willkürlich AntifaschistInnen einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

Matthias Fischer – Ein netter Kommunalpolitiker von nebenan?

Am 2. März 2008 findet in Fürth, wie überall in Bayern, die Kommunalwahl statt. Neben den etablierten Parteien wird auch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) erneut zur Wahl antreten. Da die NPD für den Antritt zu den Wahlen mindestens 380 Unterschriften von gemeldeten BewohnerInnen der Stadt Fürth benötigt, fanden bereits in den letzten Wochen Flugblattverteilungen und Infostände statt. Auf dem Flugblatt „Stoiber geht, die NPD kommt!“ plädieren sie für ein „deutsches und soziales“ Fürth“, indem sie offen rassistisch die Abschiebung von MigrantInnen und Kindergartenplätze nur für deutsche Kinder, fordern. Der Spitzenkandidat für die Stadtratswahlen ist Matthias Fischer aus Stadeln, der bereits seit Jahren einer der wichtigsten Neo-Nazikader in Fürth und Umgebung ist. Wir halten es deshalb für unabdingbar einen genaueren Blick auf die Aktivitäten Fischers zu werfen.



Fischer auf seinem Werbeflyer für die Kommunalwahlen '08...

Der 30-jährige und im brandenburgischen Templin geborene Matthias Fischer zog Ende der 90er Jahre nach Nürnberg. Dort engagierte er sich vorerst bei den „Skinheads Nürnberg“ und später bei den „Nationalisten Nürnberg“, wo er schnell eine führende Rolle einnahm. Er

galt als Chef der, wegen ihrer Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus, verbotenen Fränkischen Aktionsfront (FAF). Bis zur ihrer vermeintlichen Auflösung, war er einer der presserechtlich Verantwortlichen für die Nazi-Broschüre „Landser“. Als solcher trat er dann auch später für fast alle Publikationen und Propagandaerzeugnisse der FAF auf. Während einer Durchsuchung von Fischers neuen Wohnsitz in Fürth-Stadeln im Juli 2001, fand die Staatsanwaltschaft nebst einigen Gaspistolen, Druckerzeugnisse in 10.000er-Auflage. Im Jahr 2004 wurde die FAF, welche auch rege Kontakte zur terroristischen Kameradschaft Süd um Martin Wiese hielt, verboten. Seitdem versucht sich Fischer als NPD-Sauberemann. Er ist mittlerweile Kreisvorsitzender der NPD Fürth, Bezirksvorsitzender der NPD Mittelfranken und im Landesvorstand Bayern für die Abteilung „freie Kameradschaften“ zuständig.

Fischer stellt hierbei ein wichtiges Bindeglied zwischen militanten Kameradschaften und der NPD dar. Zusammen mit Ralf Ollert, der für die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ im Nürnberger Rathaus sitzt, gelang es ihm die FAF-Struktur in die NPD bzw. in die Jungen Nationaldemokraten (JN) einzugliedern.

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld sieht Fischer in der so genannten „Feindesaufklärung“, so wurden bereits im Landser und auf der FAF-Homepage „die-kommenden.net“, unter der Rubrik „Anti-Antifa“, regelmäßig AntifaschistInnen mit Bild, Name und Adresse veröffentlicht. Ziele/Opfer der so genannten „Anti-Antifa“ sind aktive AntifaschistInnen, aber auch liberale LehrerInnen und JournalistInnen, Mitglieder linker Parteien und Räumlichkeiten sowie RedakteurInnen linker Zeitungen. Seit einiger Zeit besitzt die „Anti-Antifa Nürnberg“ eine eigene Internetseite auf der sie ihre Schmähschriften veröffentlicht. Gehostet wird die Seite von dem amerikanischen Hitlerverehrer und Gründer der NSDAP/Auslands – und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) Gary Lauck, weswegen die Page in der BRD auch nicht strafrechtlich belangt werden kann. 2005 wurden aus Fischers Haus Portraitfotos von antifaschistischen Jugendlichen gemacht, welche von der „Anti-Antifa“ für Drohflugblätter verwendet und auch im Internet veröffentlicht wurden.

Matthias Fischer ist jedoch nicht nur deutschlandweit in der Nazi-Szene anerkannt, auch auf internationaler Ebene fungiert er des Öfteren als Redner auf Demonstrationen. So beteiligte er sich im Februar dieses Jahres an einem Gedenkmarsch zu Ehren von Einheiten der SS in Budapest. Auf der Gedenkfeier, die von dem in Deutschland seit 2000 verbotenen „Blood and Honour“-Netzwerk organisiert wurde, trat Fischer als Redner auf. Am selben Abend fand ein Nazi-Konzert statt, an welchem auch Fischer zu Gast war. Im Verlauf der Veranstaltung skandierte Fischer Parolen wie „Juden raus“ und zeigte wiederholt den Hitlergruß, worüber sogar das ARD-Magazin „Panorama“ berichtete. An diesen jährlichen Ritualen in Budapest beteiligt sich seit Jahren die Naziorganisation „Aryan Hope“ (AH), der auch Matthias Fischer angehört. Die Mitglieder von AH verstehen sich als „elitäre“ Gruppe. Sie wollen laut Eigenangaben ein weltweites „Netzwerk von Kampfgemeinschaften auf- bzw. ausbauen“. Es bestehen gute Kontakte zum rassistischen Ku-Klux-Klan aus den USA, mit denen ein regelmäßiger Austausch stattfindet. Viele AH Mitglieder haben sich als Erkennungsmerkmal den Gruppennamen auf die Kopfhaut tätowiert, so auch Fischer.

In seiner bisherigen Zeit als aktiver Neonazi kann Fischer auch auf eine Reihe von Strafdelikten zurückschauen, so ist er u.a. wegen Beleidigung, Aufforderung zu Straftaten und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Wenn man sich all diese Fakten vor Augen hält, ist es nicht schwierig zu erkennen, dass Matthias Fischer nichtder freundliche Kommunalpolitiker von nebenan ist, sondern ein Nazikader übelster Sorte, dem das politische Handwerk gelegt werden muss.



...und in Budapest mit dem ungarischen Blood and Honour-Chef Illés Zsolt und „aryan hope“-Tattoo überm Ohr

Überwachung

Der Staat rüstet auf!

Der Überwachungswahn nimmt verheerende Ausmaße an. Der Staat, versucht uns immer mehr zu registrieren, zu überwachen und zu kontrollieren. Ganz egal, mit wem wir telefonieren, wohin wir gehen, mit wem wir zu tun haben, was unsere Interessen sind und in welchen Gruppen wir engagiert sind, „BigBrother is watching us!“.

Der Deutsche Staat versucht sich schützen. In der BRD wird von einer „Wehrhaften Demokratie“ gesprochen. Das bedeutet, das sowieso kaum vorhandene Maß an tatsächlicher Demokratie noch durch einen Zusatz beschränkt wird. Das ganze soll hervorheben, dass Kritik üben durchaus ohne Konsequenzen möglich ist, aber natürlich nur solange das im als demokratisch, definierten Rahmen passiert.

„...im als demokratisch definierten Rahmen...“ deshalb, da abhängig von der Stabilität des Landes den Menschen mal mehr, mal weniger Handlungsraum gelassen wird.

Umso Instabiler der Zustand eines Landes ist, umso größer ist die Unsicherheit, umso mehr muss der Staat folglich aktiv werden damit die Innere Sicherheit gewährleistet bleibt.

Wann ist ein Land instabil

Befindet sich ein Land etwa im Krieg mit einem Nachbarstaat, ist es einer Bedrohung ausgesetzt oder ist die Wirtschaft am Boden gilt es als nicht stabil.

Instabilität herrscht zum Beispiel dann, wenn die Schicht derer die arm sind größer, und die Schicht der wenigen Besitzenden, immer kleiner wird. Wenn sogar Menschen, die noch Arbeit haben vom Sozialsystem abhängig sind, oder an der Armutsgrenze leben (sog. Working Poor), steigt die Unzufriedenheit; die berühmte Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Meist wird nun fälschlicherweise von wachsendem, sozialen Neid gesprochen.

Da stellt sich aber die Frage, ob das wirklich Neid ist, vom Kuchen etwas abhaben zu wollen, oder gar die ganze Bäckerei, in der man sich abschuffet, während der Chef mit dem Mercedes angefahren kommt und mitteilt, dass diese Filiale nicht mehr rentabel ist, also geschlossen wird.

Ähnlich sehen tagtägliche Szenarien im Kapitalismus aus. Das geschieht nicht einmal durch Boshaftigkeit der Kapitalist(Innen), sondern aus reiner Notwendigkeit, innerhalb eines gänzlich unvernünftigen Wirtschaftssystems.

„Geht es der Wirtschaft im Kapitalismus schlecht, geht es dem Großteil der Menschen auch schlechter.“

„Also müssen alle den Gürtel eben enger schnallen“

Diese Argumentation hört man nur zu oft. Aktuell sollte man sich durchaus fragen, ob das auf eine der größten Industrienationen, die fleißig am Ausbeuten anderer Länder beteiligt ist, wirklich zutrifft, oder ob die Wirtschaftsbosse nur darüber weinen, dass zum Beispiel die Wachstumsrate (Wachstum=Anstieg), 0,00005 Prozent geringer ist als im Vorjahr.

Der Staat tritt in Aktion

Wenn sich nun so ein Haufen oben erwähnter „Neider“ und „Schmarotzer“ zusammenfindet und plant,

etwas radikal zu ändern (lat.: radix, Wurzel/Urprung; also an der Wurzel des Problems ansetzen), oder auch nur denkt, sich genau wie die Bonzen einfach alles nehmen zu können was ihm nicht gehört, er es aber gerne hätte, ist es nun der Auftrag des Staates, durch Überwachung alle systemabweichende Strömungen, oder tagtägliche Kriminalität zu beobachten und einzuschreiten um die bestehende Ordnung zu erhalten.

Schnell wird deutlich, wem die Überwachung nutzt: nur denen die etwas zu verlieren haben und von diesem Wirtschaftssystem profitieren. Was aber, werden sich zurecht viele Fragen, ist, wenn die Stabilität eines Landes durch Terrorismus gefährdet ist und somit die Bevölkerung bedroht ist? Die Bedrohung eines Landes wird von den staatlichen Organen wie Geheimdiensten oder Verfassungsschutz definiert. Das Innenministerium spricht von einem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und von dem objektiven Sicherheitszustand der von selbem bestimmt wird.

Ob und wie groß nun die tatsächliche Bedrohung durch Terroristen ist, liegt hiermit in der Hand der Sicherheitsorgane, genau wie die Interpretation der Wirtschaftslage, die durch die jeweilig berücksichtigten Kostenpunkte in wirtschaftlichen Rechenformeln festgelegt wird. Wandelt eine Firma ihre Umsätze sofort in Kapital um, ist natürlich das Geld das am Ende übrig bleibt geringer und ohne Probleme, kann nun behauptet werden, der Gewinn habe sich geschmälert.

Ist es nun möglich der Gesellschaft gut zu vermitteln, dass es der Wirtschaft schlecht geht, nimmt diese auch eher in Kauf zu Gunsten einer größeren Wirtschaftskraft zu verzichten, oder akzeptiert eine stärkere Überwachung, da diese ja nur zum Schutz vor kriminellen „Neidern“ da ist, die am besten woanders herkommen, anders aussehen, aber ganz bestimmt nicht normale Menschen sind, die auch nur um ihr Überleben kämpfen und dabei das Vertrauen in den Staat verloren haben.

So wurde auch während dem Hoch der RAF-Aktivitäten, der Bevölkerung suggeriert, das es jederzeit jedeN Treffen könne. Faktisch hatte aber der Großteil der Bevölkerung nichts zu befürchten. Durch die so entstandene Unsicherheit liessen sich ohne Probleme Grundrechtseinschränkungen wie die Rasterfahndung oder der § 129a einführen. Nach dem 11.September gab es auf der ganzen Welt, besonders in Amerika, eine ganze Reihe von neuen Sicherheitsgesetzen.

„Es nützt der Freiheit nichts, dass wir sie abschaffen, um sie zu schützen.“

Das soll Benjamin Franklin schon im 19. Jahrhundert gesagt haben. Selbst Schleswig-Holsteins Innenminister Stegner, antwortet in einem „TAZ“-Interview auf die Frage,



ob er den mit einem Anschlag rechne, „das es in einem freien Land nun mal keine absolute Sicherheit geben kann“.

Wenn sich die Menschen in einer Gesellschaft ständig überwacht und beobachtet fühlen, wird sich niemand ohne Angst und unbefangen für seine Rechte und eine gerechte Welt einsetzen. Es entsteht schnell eine unkritische Konsumgesellschaft von Menschen, die „nichts zu verbergen“ haben und dem Staat gegenüber, zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit, ihre Freiheitsrechte aufgeben.

Die Unschuldsvermutung wird immer mehr unterspült. Diese Mentalität ist schon seit längerem zu beobachten. Besonders jegliche Art von „demokratischem“ Bewusstsein sinkt immer mehr. In einem Interview mit dem *Spiegel* forderte Schäuble eine Klärung der rechtlichen Grundlagen für die Beteiligung von deutschen Sicherheitskräften an gezielten Tötungen von Terroristen. Inzwischen sagt er, dass er sich nur an der Diskussion beteiligen wollte, ob Terroristen in Afghanistan als Kombattanten zu betrachten seien und deshalb wie feindliche Soldaten erschossen werden dürften. Sollte so ein Ausrutscher nicht für einen Aufschrei in der Bevölkerung sorgen? Im selben Interview warf Schäuble die Frage auf, ob man islamistische "Gefährder", internieren solle. Als Gefährder werden in Deutschland im Rahmen der Gefahrenabwehr, Personen bezeichnet, bei denen „bestimmte Tatsachen die Annahme der Polizeibehörden rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a der Strafprozessordnung (StPO), begehen“ werden. Das heißt wenn der Verdacht besteht jemand könnte für den Staat gefährlich werden, aber aufgrund des Verdachts, eben die Rechtsgrundlage nicht vorhanden ist, sie/ihn abzuschubsen, will Schäuble sie/ihn wenigstens ins Lager stecken können.

Im Aufenthaltsgesetz ist es bereits laut §54a vorgesehen, Gefährder die Nutzung von Handys und Internet zu verbieten. Auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, befinden sich laut Bundesregierung in Deutschland 75 Gefährder. Das klingt zuerst harmlos, doch wenn man bedenkt wie leichtfertig mit ähnlichen Dateien umgegangen wird, ist hier dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. So gibt es in Deutschland zum Beispiel eine „LiMo-Datei“ (Straftäter linksmotiviert), in die so gut wie jeder vom Staat als linksradikal, (erst mal kein Verbrechen) eingestuft Mensch eingetragen wird, selbst wenn das Vorstrafenregister leer ist. Ein weiteres Beispiel unter vielen ist die Datei „Gewalttäter Sport“. Auch hier, reicht ein bloßer Verdacht aus, um erwähnt zu werden.

Der Staatsterror vernetzt sich

Bereits im Dezember 06, beschloss der Bundestag, die Einrichtung einer gemeinsamen Datei (Antiterrordatei) von Polizei und Geheimdiensten, die den Datenaustausch über Terroristen, Gefährder und Extremisten erleichtert. Die Definition dieser Begriffe liegt jeweils im Ermessen des bearbeitenden Beamten. Das bestehen solcher Dateien, zog unter anderem den Fall, des in Pakistan verhafteten Kurnaz, nach sich. Der türkische Staatsbürger wurde von Geheimdienstspitzeln als Gefährder eingestuft worden und als Folge geriet er unter Terrorismusverdacht, was ihm mehrere Jahre in Guantanamo einbrachte. Nachdem die US-Regierung schon 2002 anboten, ihn freizulassen, verhängte die BRD Einreiseverbot. Wieder aufgrund seines Eintrages als Gefährder, ohne diesen nochmal zu überprüfen. Folglich durfte er noch eine Weile das gute Wetter in Cuba genießen. Erst als sich auf Guantanamo, ein BND-Verhörer, Kurnaz annahm, wurde dieser als unge

fährlich eingestuft. Man beachte, das damals die „Antiterrordatei“ noch nicht bestand.

BRD-Bullenstaat...

Weiterhin, steht immer noch eine weitere Änderung des BKA-Gesetzes im



Polizeiaufgebot bei einer Demo gegen Überwachung in Hamburg am 15.12.07

Raum, durch die dem Bundeskriminalamt weitere Befugnisse in der Terrorbekämpfung eingeräumt werden sollen, darunter das Recht auf so genannte Online-Durchsuchungen und die Vorratsdatenspeicherung (Telekommunikations-Internet-Email-Provider sind verpflichtet, ab 2008 mehrere Monate alle Verbindungsdaten, verdachtsunabhängig zu speichern), gegen die jetzt schon eine Verfassungsklage am Laufen ist. Die Ursprüngliche Fassung des Gesetzes stammt vom 8. März 1951. Die letzte Reform wurde 1997 vorgenommen. Sie beinhaltete Neuregelungen zu den Aufgaben des BKAs. Die geplante verfassungsfeindliche Zentralisierung und Vermischung von polizeilichen mit geheimdienstlichen Aufgaben, ist nur ein weiterer Schritt den Polizeistaat zu stärken. Die Vermischung wurde 1949 bei der Gründung der BRD bewusst laut Verfassung verboten, um den Erfahrungen aus de 3. Reich (siehe Gestapo) gerecht zu werden. Wenn es nach Schäuble ginge, sollte es demnächst eine so genannte Bundesabhörzentrale in Köln geben, in der gleichen Stadt in der sich auch das Bundesamt für Verfassungsschutz befindet. Geplant ist die Zusammenlegung von Telekommunikations- und Datenüberwachung in einer Zentrale. Aktuell hören Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundespolizei unabhängig voneinander die Telefone mutmaßlicher „Schwerkrimineller“ ab, oder lesen E-Mails und Faxe von Personen mit, die des Terrorismus oder der Spionage verdächtig sind. Die Sicherheitsbehörden, sollen künftig ihre Zuständigkeit für solche Überwachungsaktionen komplett an das Bundesverwaltungsamt abtreten. Dieses soll die Operationen leiten und nach deren Ende die Ergebnisse den Behörden zur Auswertung übergeben.

Sicher ist, dass mindestens die BKA-Reform kommen wird, einziger Streitpunkt ist nun noch der Zeitpunkt. Während die SPD dafür plädiert, erst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten, drängen die Unionsminister, das neue BKA-Gesetz schnellstmöglich umzusetzen. Auch hier wird wieder mit der angeblich hohen Terrorgefahr argumentiert, die in Deutschland herrsche. BKA-Chef Zierke weißt laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau, offen auf die Gefahren für die Wirtschaft hin, die durch den Terrorismus bestünden, womit die Motivation für Überwachung, wieder klar und deutlich, bei dem Schutz des Kapitals liegt. Zierke hält ausserdem die Empörung, über Online-Durchsuchungen, für unangebracht. "99,9 Prozent der Menschen werden von dieser Maßnahmen überhaupt nicht betroffen sein". Nach dieser Rechjnung bleiben immerhin noch etwa 80.000 BürgerInnen.

Schwerpunkt: Onlinedurchsuchung

Als Online-Durchsuchung wird der heimliche staatliche Zugriff auf informationstechnische Systeme über Kommunikationsnetze bezeichnet. Der Begriff, umfasst dabei sowohl den einmaligen Zugriff (Online-Durchsicht), wie auch eine

sich über einen längeren Zeitraum erstreckende, Überwachung (Online-Überwachung). Als bisher in Deutschland gesetzlich, nicht ausdrücklich geregelte Methode staatlicher Informationsgewinnung, soll die Online-Durchsuchung im Rahmen der Strafverfolgung, zur polizeilichen Gefahrenabwehr, oder zur nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung durchgeführt werden. Hierzu verwenden die Ermittler ein Schadprogramm, das per Mail an Postfächer verschickt werden kann, in Behördenmails/ -Programmen versteckt ist, oder Sicherheitslücken in Browsern ausnützt um sich zu installieren. In speziellen Fällen könnte auch ein echter Hacker-Angriff auf einen bestimmten Rechner stattfinden, der dann die Firewall überwinden muss.

Dieses, vom CCC (ChaosComputerClub) „Bundestrojaner“ getaufte Spionageprogramm schleust sich zum Beispiel nach Öffnen eines interessant erscheinenden Worddokument in den PC des/der Verdächtigen ein ohne das selbige/r davon etwas mitbekommt. Im Endeffekt die selbe Methode der sich auch kriminelle Hacker bedienen. Am PC installiert sendet die Schnüffelsoftware in kleinen Häppchen gesammelte Informationen an die Behörden. Ausserdem ist es den Ermittlern mithilfe des Programms alle Eingabeprogramme direkt zu überwachen, die Webcam des PCs einzuschalten, akustische Raumüberwachung per Mikrofon vorzunehmen, Internet-Telefonate abzuhören, Chat und E-Mails abzulesen, oder Webseitenabrufe Live-zu-übertragen.

Der kleine Bruder mischt mit

Da vorraussichtlich die Programmierung des Trojaners die Kompetenzen der Beamten überschreitet muss auf private Firmen zurückgegriffen werden. In der Schweiz übernahm dies bereits ERA IT Solutions. Dies muss als sehr bedenklich angesehen werden, da solche privaten Sicherheitsfirmen noch weniger kontrollierbar sind als staatliche Einrichtungen.

Schutz ist kaum möglich

Besonders kritisch ist laut CCC, dass eine solche Online-Durchsuchung auch das Anlegen und Verändern von Dateien auf dem durchsuchten Computer erlaubt. Beweismittel könnten per Mausklick problemlos und spurenfrei auf dem infiltrierten Rechner angelegt, oder manipuliert werden. Dem Verdächtigen bliebe im Zweifel keine Chance, eine Manipulation an seinem Computer nachzuweisen. Heimlich eingeschmuggelte, kinderpornografische Bilder, reichen bereits aus, um missliebige Personen effektiv mundtot zu machen, warnt der CCC. Technische Abwehrmaßnahmen wie Firewalls und Virens Scanner bieten laut Aussage des CCC kaum Schutz vor einem solchen Schnüffelangriff. Egal ob von staatlicher Seite oder von Kriminellen, schon heute sei Industriespionage, die mit Hilfe von gezielt eingeschleusten Trojanern ausgeführt werden, kaum abzuwehren.

Einziger wirksamer Schutz vor solchen Allmachtsphantasien, ist eine klare politische Absage! Wer Terror und Kriminalität bekämpfen will, muss sich erst einmal über das Ausmaß des eigenen Handelns bewusst werden. Es ist genauso Terror, Familien abzuschieben. Es ist genauso Terror, in andere Länder einzufallen. Es ist genauso Terror, Existenzen, durch Hartz4 zu zerstören und es ist genauso Terror, Menschen nur wegen auffälliger äußerer Merkmale am Bahnhof zu kontrollieren. Wer andere Länder ausbeutet, muss sich nicht wundern, dass sich dort die Bevölkerung, irgendwann auflehnt. Im schlimmsten Fall in Form von fanatischen Religionsanhängern. Auch diese Entwicklung ist nur eine Antwort auf den christlichen Fanatismus, den Hassprediger, wie Kardinal Meisner oder George W. Bush betreiben und schüren.

Linke Politik in die Offensive! Der NPD den Wahlkampf vermiesen!

Am 2.März 2008 finden in Fürth die Kommunalwahlen statt, bei denen Stadtrat und Oberbürgermeister gewählt werden. Diesmal will auch die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) wieder zur Wahl antreten. Um den Antritt zu ermöglichen, benötigen sie 380 Unterschriften. Dazu belästigen sie regelmässig PassantInnen, indem sie Flugblätter verteilen und vor den Bürgerämtern in Stadeln, in der Südstadt und am Kohlenmarkt versuchen FürtherInnen dazu zu bringen für ihre Liste zu unterschreiben, um Matthias Fischer (siehe Kasten) in den Stadtrat zu bringen.

Doch was will die NPD überhaupt?

Auf ihren Flugblättern fordern sie „ein soziales und deutsches Fürth“. Das wollen sie erreichen, indem sie unter anderem behaupten, dass die Lösung unserer Probleme (z.B. Arbeitslosigkeit und Rentenkrise) darin besteht, das „Kapital“ zur „Volksfreundlichkeit“ zu verpflichten.

Das endete schon einmal in einer verheerenden Katastrophe. Auch die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (NSDAP), die für viele NPDlerInnen ein Vorbild ist, gab vor die Wirtschaft zu Gunsten des Volkes zu kontrollieren. Tatsächlich hätte ohne das deutsche Kapital keine Chance für die NSDAP bestanden die Macht zu ergreifen.

Hitler war nur eine Marionette der kapitalistischen Wirtschaft, die seine Partei vorallem finanziell unterstützte.

Nach 1945 war Nazideutschland besiegt, doch das Kapital ging im Endeffekt gestärkt aus dem Krieg, der Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, hervor.

Die zunehmenden gesellschaftlichen Konflikte in der Weimarer Republik entwickelten sich Richtung Kommunismus. Das hätte für die Reichen und Besitzenden, den Verlust der Produktionsmittel, der Macht über die ArbeiterInnen bedeutet. So bedienten sie sich der FaschistInnen, um ihre Macht zu sichern und handelten während der Zeit des Dritten Reiches sogar mit dem angeblichen Feind.

Ein System, indem die Gewinnmaximierung an erster Stelle steht, lässt sich nicht reformieren. Egal in welcher Art von Kapitalismus, es wird immer eine kleine Schicht von Menschen geben, die über andere bestimmt und sich an anderen bereichert, denn die „da oben“ handeln auch nur aus Notwendigkeit, nach den Gesetzen des Marktes. Das hat zur Folge, dass die „da oben“ auch nichts freiwillig für uns tun werden. Anstatt das Problem beim System zu suchen, erklärt Matthias Fischer die „Ausländer“ zu den VerursacherInnen des Problems, während die Konzerne immer mehr Gewinne machen und sich Manager kräftig in die eigene Tasche wirtschaften. Das ist fernab von jeder Realität. Im Dritten Reich wurden Juden zu den Feinden erklärt, was im Holocaust gipfelte. Die Parallelen liegen hier eindeutig bei der Benennung eines Sündenbocks. Diese Spaltung der Menschen in gut und böse, benötigt das kapitalistische System, um uns alle von der eigentlichen Ungerechtigkeit abzulenken: Ein paar wenige Menschen profitieren von dem Erwirtschaftetem der Gesamtheit der Menschen!

Der Kapitalismus herrscht weltweit. Nur weltweit und zusammen kann für dessen Ende gesorgt werden, denn wir sind alle ein Rad im Uhrwerk, ein Teil dieses Systems.

Sa, 19.01., 10 Uhr: Kundgebung
gegen die faschistische Politik der NPD
am Kohlenmarkt (Hirschenstr. 2) in Fürth



"..., dass in Fürth und anderswo kein Platz für Diskriminierung ist."

Interview mit zwei Mitgliedern der AG "Schule ohne Rassismus" am HLG Fürth

Die Arbeitsgruppe „Schule ohne Rassismus“ am Helene-Lange-Gymnasium in Fürth entstand im Jahr 2001 nachdem eine Party der SMV in der Mensa von Neonazis gesprengt wurde. 74,31% aller GymnasiastInnen, LehrerInnen und Angestellten unterschrieben hatten und dem HLG der Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC) verliehen wurde. Seitdem gab es eine mehr oder weniger kontinuierliche Arbeit, die unter anderem zwei „Wochen gegen Rassismus“, mehrere Infoveranstaltungen zu verschiedenen Themen, die Beteiligung an Anti-Nazi-Demos, wie beispielsweise auch am 14.10.2006 (*) und verschiedenen Zeitzeugenveranstaltungen hervorbrachte. Mit zwei Mitgliedern der AG, Sophie (14) und Flo (18) (*2) haben wir über ihre Projekte und Ziele gesprochen.

FAZ: Hallo erstmal und danke, dass ihr uns einen kleinen Einblick in euer Projekt, eure Aufgaben und Ziele verschafft. Die AG wurde ja schon 2001 am HLG gegründet. Seitdem gab es ja schon eine ganze Reihe an Projekten und Aktionen. Was davon ist euch noch besonders in Erinnerung geblieben und wieso?

Sophie: Letztes Jahr am 14.10. (*) haben wir uns mit ca. 75 SchülerInnen und LehrerInnen des HLG an der Anti-Nazi-Demo beteiligt und unter einem gemeinsamen Transpi den Naziaufmarsch mitblockiert. Das fand ich toll, da es nicht wie sonst nur um Aufklärung über Rassismus ging, sondern um eine praktische Aktion. Die Blockade gemeinsam mit tausenden Anderen hat einen ermutigt weiterzumachen.

Flo: Ja, der 14.10. war für uns sicher ein großer Erfolg. Aber auch die vielseitigen Infoveranstaltungen zu diversen Themen waren stets gut besucht und haben uns stets ein positives Feedback gegeben.

FAZ: Du bist ja noch relativ neu in der AG, Sophie. Was hat dich dazu bewegt da mitzumachen und wieso?

Sophie: Ich war schon vorher auf verschiedenen Veranstaltungen der AG und hab gemerkt, wie sehr mich das Thema interessiert. Deswegen bin ich dann auch zu Treffen gegangen.

FAZ: Wie sah's mit dir aus, Flo? Was hat dich dazu gebracht dich bei SoR zu engagieren?

Flo: Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit war mir schon immer sehr wichtig und die AG war die erste Möglichkeit mich tatsächlich aktiv an antirassistischer Arbeit zu beteiligen.

FAZ: Wie muss man sich eure Arbeit vorstellen, was macht ihr, wie seid ihr organisiert und wer seid ihr überhaupt?

Sophie: Wir sind ungefähr 15 Leute, die sich einmal die Woche treffen um aktuelle Themen zu besprechen und Aktionen zu planen. Alle sind an unserer Schule dem HLG und da spielt sich natürlich auch ein Großteil von unseren Aktionen ab.

Flo: Tatkräftig unterstützt werden wir dabei von 3 LehrerInnen, die uns stets mit guten Ratschlägen zur Seite stehen.

FAZ: Der Rahmen den die Bundeskoordination stellt ist ja sehr offen gehalten. Wie interpretiert ihr diesen und was sind die Ziele die ihr mit Aktionen erreichen wollt?

Flo: Wir wollen ganz einfach, dass in Fürth und anderswo kein Platz für Diskriminierung ist. Es gilt der rassistischen Grundstimmung in der Bevölkerung mit gezielter Aufklärung den Nährboden zu entziehen.

FAZ: Wo seht ihr den Grund für Rassismus in Deutschland? Wieso gibt es Menschen, die Asylbewerberheime anzünden, MigrantInnen durch Städte jagen und wieso sieht die „normale“ Bevölkerung so oft weg?

(* Am 14.10.2006 hatte der Neonazi Christian Malcoci unter dem Titel: „Recht statt Rache - Revision der Nürnberger Prozesse“ eine Aufmarsch durch Nürnberg angemeldet. Mehr als 2000 AntifaschistInnen kamen zur Gegendemo und blockierten die Route der Nazis durch Gostenhof. Dazu mobilisiert wurde unter dem Motto „Keine Nazi Propaganda! Keine Verdrehung der Geschichte! Stoppen wir die Nazis! Gostenhof - ein Stadtteil und seine FreundInnen stellen sich quer“. Der Aufruf wurde von der AG „Schule ohne Rassismus“ am HLG unterstützt.)

Sophie: Ich denke, dass ganz oft Langweile, Frust und Neid die Gründe dafür sind, dass Rassismus entsteht. Das Leute nur zu schauen mag manchmal daran liegen, dass sie Angst haben. Trotzdem kann ich es nicht verstehen, wieso man lieber wegschaut, anstatt irgendetwas zu unternehmen.

Flo: Ich denke auch, dass das soziale Ungleichgewicht in der heutigen Gesellschaft eine große Rolle spielt und somit Neid zwangsläufig entsteht, der dann zu Hass gegen Minderheiten umschlägt.

FAZ: Ihr beschäftigt euch ja auch noch mit einem anderem Bereich des Rassismus. Letztes Jahr habt ihr eine Veranstaltung zur Innenministerkonferenz in Nürnberg gemacht zusammen mit einer Vertreterin von „Jugend ohne Grenzen“. Was war euer Kritikpunkt an der IMK und wo seht ihr den Schnittpunkt mit „SoR-SmC“?

Flo: Ich persönlich sehe keinen Unterschied zwischen Dummfaschos und den „gebildeten“ PolitikerInnen, die unter staatlichem Deckmantel ihren rassistischen Fantasien freien Lauf lassen. Die Abschiebepolitik Deutschlands, die Menschen in Länder zurückschickt, in denen sie gefoltert oder getötet werden, ist nur nicht so direkt, wie die Angriffe von Neonazis auf MigrantInnen, wie beispielsweise erst kürzlich in Mügeln.

FAZ: Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gibt es ja nicht nur am HLG. Wie klappt es da mit der Vernetzung zwischen verschiedenen AGs an unterschiedlichen Schulen?

Sophie: Natürlich kennen wir Mitglieder von SoR-AGs an anderen Schulen, aber leider hat bisher die Kommunikation nicht immer so geklappt, wie wir uns das vorgestellt haben. Wir arbeiten jedoch daran, den Kontakt zu verbessern, gemeinsame Aktionen zu machen und uns gegenseitig zu unterstützen.

FAZ: Wie sieht's mit der Resonanz aus? Gibt es Rückmeldungen von SchülerInnen des HLG oder auch von außerhalb eurer Schule zu eurer Arbeit?

Flo: Am HLG kommen eigentlich immer relativ viele MitschülerInnen zu unseren Veranstaltungen. Auch wenn sie abends stattfinden kamen bis zu 80 Leute.

Sophie: Außerdem wurden wir schon von Parteien und Gewerkschaften eingeladen, um von unserer Arbeit zu berichten.

FAZ: Gab's auch schon negative Erfahrungen, die ihr wegen eurer Arbeit in der Arbeitsgruppe gemacht habt?

Flo: Ja. Einmal wurden drei unserer Mitglieder nach einem AG-Treffen von Neonazis attackiert. Es kam jedoch glücklicherweise zu keinen Verletzungen. Zuvor wurde die gesamte Gruppe beim Verlassen des leeren Schulgebäudes abfotografiert. Darüber haben damals sogar überregionale Zeitungen berichtet.

FAZ: Vielen Dank euch für das Interview und auch weiterhin viel Glück und Erfolg mit euren Aktionen!

(*2 Namen geändert)

Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wurde anlässlich des Erstarkens rechtsradikaler Parteien 1988 von SchülerInnen und JugendarbeiterInnen in Belgien ins Leben gerufen und europaweit an Schulen etabliert. Es soll von SchülerInnen für SchülerInnen gemacht werden und gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten. In Deutschland wird „SoR-SmC“ beispielsweise von der Europäischen Union, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und verschiedenen Einrichtungen der deutschen Regierung gefördert. Ende 2005 gab es insgesamt 600 Schulen, davon über 260 in Deutschland, die mit dem Titel ausgezeichnet waren. Mehr Infos findet ihr unter www.schule-ohne-rassismus.org.

Bei Fragen zur AG "Schule ohne Rassismus" vom HLG in Fürth kann unter agsorhlg@yahoo.de direkt mit den SchülerInnen Kontakt aufgenommen werden.



**"Adolf Hitler verreckt zuerst, dann kommt die Partei,
Adolf Hitler gehört aufgehängt.**

**Heil, Heil, Heil, Der Hitler hängt am Seil,
lass ihn baumeln hin und her,
wenn nur einmal Kommunismus wär!**

Heil Moskau, der Führer ist eine Drecksau.

**Ein Elsässer ist mir am Arsch lieber als 10 Deutsche im Gesicht!
Wenn ich zu den Soldaten komme und in einer solchen Lage wäre
(wie die Stalingradkämpfer!),
möchte ich am liebsten ein Gewehr haben,
das hinten hinaus schiesst!"**

Friedrich Spindler im Januar 1943

Friedrich Spindler (*7. Mai 1925) war bereits als kleiner Junge täglich der Diskriminierung durch Lehrer und Mitschüler ausgesetzt. Vorallem wegen "staatsfeindlicher Äußerungen", aber auch weil er Sinti war, wurde er mehrmals zu Aufenthalten in "Erziehungslagern" und schließlich zum KZ-Aufenthalt verurteilt. Hauptbeweismittel war nebenstehender Reim, in dem das Sondergericht Mannheim eine "besonders verwerfliche Gesinnung" erkannte. Doch er lies sich durch den verbrecherischen Staatsapparat nicht brechen. Friedrich Spindler starb 1944 mit nur 19 Jahren an den Folgen der katastrophalen Zustände und der menschenverachtenden Behandlung im KZ Auschwitz.

+++REGELMÄßIGE TERMINE+++

Montag, ab 19:00 Uhr Schwarze Katze

Vokü & Kneipe

Dienstag, ab 19:30 Uhr Archiv Metroproletan

vegane Punkrock Vokü

Mittwoch, ab 14:00 Uhr Schwarze Katze

Nachmittagscafé+Selbsthilfe für Erwerbslose

Mittwoch, 19:30-20:00 Uhr Büro

Anlaufstelle [solid] Nürnberg

Donnerstag, 19:00-20:00 Uhr Schwarze Katze

Anlaufstelle Antifaschistisches Aktionsbündnis

Samstag, ab 18:00 Uhr Schwarze Katze

Jugendantifacafé der Autonomen Jugendantifa [AJA]

Jeden 1. Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr Schwarze Katze

Rote Hilfe

Jeden 1. Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr Willich

Get connected, Gruppe politischer Lesebn, Schwulen und Bise-
xuellen

Jeden 2. Freitag im Monat, 18:00 Uhr Radio Z

Radio Bambule der Autonomen Jugendantifa [AJA]

+++VERANSTALTUNGSORTE+++

Büro Humboldtstr. 104

Gewerkschaftshaus Fürth Königswarterstr. 16, Fürth

Kofferfabrik Lange Str. 81, Fürth

Kunstkeller O27 Ottostr. 27, Fürth

Kunstverein im Z-Bau, Frankenstr. 200, Nürnberg

Metroproletan Archiv & Bibliothek Eberhardtshoferstr.11, Hi-
nterhaus, Nürnberg-Gostenhof

Nachbarschaftshaus Gostenhof Adam-Klein-Str. 6, Nürnberg-
Gostenhof

Radio Z auf der 95,8 Mhz (www.radio-z.net)

Raum4 & Babylon Kino und Café Nürnbergerstr. 3, Fürth

Rotes Zentrum Reichstr. 8, Nürnberg-Johannis

Stadtteilladen Schwarze Katze Mittlere Kanalstr. 19, Nürnberg-
Gostenhof

Stadtteilzentrum Desi Brückenstr. 23, Nürnberg-Johannis

Willich Volprechtstr. 3, Nürnberg-Gostenhof

Zentralcafé im (Ex)KOMM, Königstr.93, Nürnberg-Altstadt

Veranstaltungen

+++Januar & Februar+++

Sa, 19.01., 10-12 Uhr, Kohlenmarkt (Hirschenstr.2) in Fürth
Kundgebung gegen die faschistische Politik der NPD
(Für Punsch und Unterhaltung ist gesorgt!)

Sa, 19.01., 15 Uhr, Waisenhausplatz, Bern

Demo gegen WEF 08 (Infos unter www.smashwef.ch)

S, 26.01., 21 Uhr, Kofferfabrik

Rock gegen Rechts (www.kofferfabrik.cc)

Sa, 09.02., 16.00 Uhr, Marienplatz, München

Zentrale Kundgebung & Großdemo gegen die Sicherheitskonfe-
renz 08 der NATO (www.sicherheitskonferenz.de)

Aktuelle Termine findet ihr auf www.antifa-fuerth.de.vu und
www.redside.tk.

Auf www.iwantmycityback.de habt ihr außerdem die
Möglichkeit euch in den SMS- und Email-Newsletter
einzutragen. Über diesen bekommt ihr dann, wenn irgendwo
was los ist (NPD-Infostände, Kundgebungen, etc.), eine Mail/
SMS mit Ort, Zeit und genaueren Infos und seid so über die
aktuellsten Aktionen und Proteste immer bestens informiert!

**Hey Leute, wir sind angewiesen auf Spenden um unsere Arbeit
weiterzuführen und bitten euch uns dabei zu unterstützen.**

e-mail: Antifa-Fuerth@web.de

www.antifa-fuerth.de.vu

**Postanschrift:
Antifaschistische
Linke Fürth
c/o Libresso
Bauerngasse 14
90443 Nürnberg**

